

menhang den gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und weithin auch theologischen Argumenten nicht standgehalten. Auch in der Diskussion um die ethische Bewertung der ganz aktuellen biomedizinischen Fortschritte – von der pränatalen Diagnostik über künstliche Befruchtung bis hin zur Gen-Manipulation – geht die verbreitete moraltheologische Meinung dahin, daß nicht jede Manipulation von vorneherein verurteilt, sondern „nach Maßgabe der in Frage stehenden Güter“ (Böckle in der UM-SCHAU 20/1980) beurteilt wird. Beispielsweise wird die Frage gestellt, wieviel Leben in wie vielen Experimenten geopfert wird, um ein Leben schließlich erfolgreich bis zur Geburt zu bringen. Die Frage, um welchen Preis mit menschlichem Leben experimentiert werden kann, müssen sich die Forscher stellen lassen, und sie stellen sie auch sich selbst. Dabei ist von Belang, ob die Versuche im Hinblick und mit der Möglichkeit der Behebung von Leiden angestellt werden, oder ob sie lediglich dazu dienen, mit großem Aufwand persönliche Wünsche, zum Beispiel der Wunsch nach einem Kind, zu erfüllen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß sich hinter der Tatsache, daß rund zehn Prozent der Ehepaare in der Bundesrepublik Deutsch-

land ungewollt kinderlos sind, ein ungeahnter Leidensdruck vieler Frauen und Männer verbirgt. Andererseits wiederum sind die Möglichkeiten einer Adoption noch nicht ausgeschöpft. Eine solche differenzierende Betrachtung könnte also zu der Feststellung führen, daß unter bestimmten Umständen dort, wo der Wunsch nach einem eigenen Kind nicht anders als durch eine künstliche Befruchtung erfüllt werden kann, in einer medizinischen Manipulation des Fortpflanzungsvorgangs nichts Widersittliches gesehen werden muß.

Indem die Ethik hier auf eine Eigengesetzlichkeit der medizinischen Wissenschaft Rücksicht nimmt, verschafft sie sich um so glaubwürdiger die Legitimation, auf die „unüberschreitbare Grenze in der Achtung der menschlichen Person und der Wahrung des Rechts auf menschenwürdiges Leben“ zu verweisen, wie es Papst Johannes Paul II. im Herbst 1980 vor dem italienischen Nationalkongreß der Internisten und Chirurgen getan hat. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen der Naturwissenschaftler und Mediziner, der Juristen und Theologen, aber auch einer für solche Fragen sensiblen Öffentlichkeit, den Grenzverlauf zu diskutieren.

Hubert Schöne

Länderberichte

Uganda vom Regen in die Traufe

Ein Land kollabiert

„Perle Afrikas“, so hatte einst nicht erst *Winston Churchill*, dem dieser Ausspruch meist zugeschrieben wird, Uganda genannt, sondern bereits der britische Journalist und Entdeckungsreisende *Henry M. Stanley* (1841–1904) hatte seinen Gefallen an dem Land so formuliert. Zynisch heben sich gegen dieses sicher einmal berechnete Attribut die Schlagworte ab, mit denen man seit mehr als zehn Jahren die Situation dieses Landes umreißen kann: Anarchie und Tyrannei, Inflation und Hunger, Korruption und Chaos.

Eine langsame Rekonvaleszenz des heimgesuchten Landes schien möglich, nachdem im April 1979 der Diktator *Idi Amin* von tansanischen Truppen in die Flucht geschlagen werden konnte. Rund 45 000 tansanische Soldaten, die gemeinsam mit den Guerilla-Einheiten der „Ugandischen Befreiungsfront“ damals die Hauptstadt Kampala eingenommen und das Land befreit hatten, schienen zunächst Sicherheit und Ruhe gewährleisten zu können. Bald jedoch waren Plünderungen, Morde und Schießereien in Kampala und im ganzen Land die Regel; die schlechte Versorgungslage der Soldaten hatte zur Folge, daß der Bevölkerung Tributleistungen abgezwungen wurden. Von 20 000 zunächst im Land belassenen tansanischen Soldaten hatte Präsident Nyerere im Laufe des Jahres 1980 bereits die Hälfte abgezogen, stufenweise er-

folgte der völlige Rückzug im Mai und Juni dieses Jahres. Tansania kam diese Hilfestellung finanziell teuer zu stehen: Von den fünf Millionen Dollar Stationierungskosten, welche die ugandische Regierung monatlich an Tansania zahlen sollte, wurde wegen der bankrotten Wirtschaft Ugandas nur ein geringer Teil überwiesen (vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 4. 5. 81). Inzwischen zeigt sich, daß unter *Apollo Milton Obote*, der bereits bis zu seinem Sturz durch *Idi Amin* im Jahre 1971 Ministerpräsident Ugandas gewesen war und dieses Amt seit Dezember 1980 dank der Unterstützung des tansanischen Präsidenten *Julius Nyerere* wieder bekleidet, die Situation der Bevölkerung eher noch prekärer ist als im vergangenen Jahrzehnt.

In den Stadtzentren sind die meisten Geschäfte ausgebrannt, viele geschlossen, auf den Märkten, so wird berichtet, gibt es wegen der horrenden Preise mehr Waren als Menschen. Umgerechnet kostet ein Ei fünf Mark, eine Flasche Bier dreißig, eine Handvoll Matoke – ein wichtiges Grundnahrungsmittel – vierzig und ein Sack Erdnüsse 1400 Mark. Die *Inflationsrate* liegt im Jahresdurchschnitt bei etwa 200%; die Mehrheit der Stadtbewohner leidet an einseitiger und ungenügender Ernährung. Man weiß, daß zumindest in den südlichen Landstrichen auf dem Land genügend Bananen angeboten werden und dort weniger als die Hälfte kosten. Aber die *miserable Ernährungssitua-*

tion geht nicht zuletzt zu Lasten einer politischen und wirtschaftlichen Führungsschicht, die sich nicht nur am Elend der Bevölkerung bereichert, sondern auch die einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht zur Kenntnis nimmt.

Trotz allem gilt die Hauptstadt Kampala nach wie vor nicht als Hungergebiet. *Hunger* im schlimmsten Sinn herrschte im vergangenen Jahr monatelang in Norduganda und dort vor allem in der nordöstlichen Provinz *Karamoja* (vgl. *Die Welt*, 30.9.80). Von den geschätzten 400 000 Einwohnern sind Tausende verhungert. Dort gab es nicht nur eine *Dürreperiode*, sondern zusätzlich haben schwerbewaffnete Banden die Tatsache, daß es keine Ordnungsmacht mehr gab, und die Schwäche der Hungernden ausgenutzt. Fast 400 000 Stück Vieh haben sie zum Schlachten über die Grenze nach Kenia getrieben, Vieh, dessen Milch und Blut die traditionelle Ernährungsgrundlage dieses Volkes ist, das nie Ackerbau betrieben hat. Selbst wenn es zunächst gelang, wenigstens einen Teil der sterbenden Karamojong mit internationaler Hilfe am Leben zu halten, so ist ihnen durch den *Viehraub* auf Jahre hinaus die Existenzgrundlage genommen. Darüber hinaus ist das gesamte Hilfsprogramm für die Region wegen seiner enormen Dimensionen und der *korrupten Politik* sowie zahlreicher *Überfälle* auf Lebensmitteltransporte in Frage gestellt.

Seit dem Ausbruch des Befreiungskrieges hat es aber auch keine Beruhigung, keine Sicherheit, kein Vertrauen bei der Bevölkerung mehr gegeben, die sich vielmehr Tag für Tag mehr der Willkür all derer immer wieder ausgesetzt sieht, die eine Waffe und eine Uniform tragen. Eine seit dem Sturz Idi Amins in ihrem Ausmaß ungekannte Welle von Gewalt und *Gesetzlosigkeit* – Massenmord eingeschlossen – erschüttert das Land. Die Folgen für den Staat und das Volk: Es gibt nicht mehr das geringste Vertrauen in die Schutzfunktion staatlicher Organe. Die Armeesoldaten sind aus dem Stamm des Ministerpräsidenten Obote, den Lango oder den mit diesen verwandten Acholi ausgewählt. Sie sind in der Regel weder ausgebildet, noch gibt es klare Befehlskompetenzen. Jugendliche „kontrollieren“ die Straßen, und es wird berichtet, daß bereits der Griff zur Brieftasche zum Verhängnis werden kann. Offiziell sind die Verantwortlichen der jüngsten *Massentötungen* – an einem Wochenende im April waren es allein in Kampala mehr als 60 Personen – unbekannt. Doch die Erschießungen ereigneten sich kurz nach Aktionen regierungsfeindlicher Untergrundkämpfer.

Koloniales Erbe, Tribalismus

Nicht wenige Probleme Ugandas lassen sich darauf zurückführen, daß die europäische *Kolonialpolitik* Menschen unterschiedlicher Lebensformen mehr oder weniger gewaltsam in einen modernen Territorialstaat hineingezwungen hat. Bei den *Bantu*-Völkern Süd- und Zentralugandas hatten sich bis zu Beginn der Kolonialzeit eine Reihe von Staaten mit einer starken politischen Zentralge-

walt gebildet: *Ankole*, *Buganda*, *Bunyoro* und *Toro*. Dabei zeigten sich selbst bei den Bantu erhebliche Unterschiede in den Sozialstrukturen und politischen Organisationsformen. Wurden diese südlichen Völker von Königen, „*Kabakas*“, regiert, so gab es bei den *Niloten* und *Nilotohamiten* im Norden Ugandas viele Volksgruppen mit eigener Sprache und Kultur, aber keine größeren politisch handlungsfähigen Einheiten. Die politische Ordnung dieser Stämme verlangt, daß Beschlüsse in wichtigen Angelegenheiten, welche die ganze Gemeinschaft betreffen, auch von der Gemeinschaft erörtert und nicht von einem einzelnen, sondern vom Rat der Ältesten, dem Senat, gefaßt werden. Der *bewaffnete Frieden* zwischen beiden Völkergruppen reichte bis weit in das 19. Jahrhundert hinein und wurde erst gestört, als Großbritannien im Gebiet des heutigen Uganda zwischen 1883 und 1886 ein Protektorat errichtete und beide Gruppen damit in eine einzige politische Einheit brachte. (Vgl. *Rudolf von Albertini*, *Europäische Kolonialherrschaft 1880–1940*. Zürich 1976, S. 361). Noch heute wurzeln die *innerstaatlichen Konflikte* in dieser Lösung: die von dem früheren Minister *Yoweri Museveni* geführte „Ugandische Freiheitsbewegung“, die Obote stürzen möchte, ist eine Abwehrorganisation bantusprachiger Ugander gegen die derzeitige politische Übermacht der nilotischen Stämme.

In der mühsam ausgearbeiteten Unabhängigkeitsverfassung von 1962 wurde ein gewisser *Sonderstatus Bugandas* festgeschrieben, da es seiner Regierung zunächst gelungen war, einen föderativen Status durchzusetzen. Entsprechend schwach war die Zentralregierung, deren Funktion sich bis 1966 hauptsächlich darin erschöpfte, die aufeinanderprallenden Kräfte im Gleichgewicht zu halten. Verkörpert wurde das Spannungsverhältnis durch Obote, einen eindeutig nationalistisch orientierten Mann des linken Flügels, und Sir *Edward Mutesa*, den Kabaka von Buganda. Zu einem endgültigen Zusammenstoß zwischen beiden Kräften kam es 1966. Obote enthob Mutesa seines Amtes als Präsident von Uganda, setzte die Verfassung von 1962 außer Kraft, löste die traditionellen Königreiche auf und rief die Republik aus. „Die Reiche haben alle Kriege mit ihren Nachbarn überstanden, haben die arabischen Sklavenjäger zurückgetrieben, die Expansion des türkischen Reiches nach Süden aufgehalten und sogar den allertiefsten Eingriff überstanden, den britischen Kolonialismus. Das britische System der indirekten Herrschaft (über die unterworfenen Völker durch deren Könige und Häuptlinge) festigte diese vier Reiche sogar“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.5.80). Über Buganda wurde der Ausnahmezustand verhängt. Dennoch gestaltete sich Obotes erste Regierungszeit für das Land nicht zum Schlechtesten: die bereits unter der englischen Herrschaft florierende Wirtschaft konnte noch weiter expandieren, so daß Uganda zu den reichsten Ländern Zentralafrikas gezählt werden konnte.

Als Idi Amin 1971 durch einen Militärputsch an die Macht kam, war die Reaktion der meisten anderen afrikanischen Staaten skeptisch oder offen ablehnend. Wäh-

rend seiner Amtszeit verursachte er eine Fülle von Skandalen, mißachtete Menschenleben und -rechte eklatant und ignorierte wiederholte Aufrufe aus verschiedenen afrikanischen Ländern, vorzeitig zurückzutreten. Denen, die in Abrede stellen, daß Afrikaner sich selbst regieren können, bot der OAU-Vorsitz Amins die Gelegenheit, seine despotische Herrschaft mit dem ganzen Kontinent zu identifizieren. Aber so grotesk es klingt: In jüngster Zeit mehrten sich Stimmen aus Uganda, die sich – inzwischen bereits offen – angesichts der chaotischen Zustände im Land den starken Amin zurückwünschen.

Aber die Befreier aus Tansania hatten 1979 anderes im Sinn: So installierten sie zunächst *Jusuf Lule* als Interimspräsidenten, doch er wurde schnell seines Amtes enthoben, als er begann, allzu nationalistisch-ugandisch zu denken. Das gleiche Schicksal widerfuhr seinem Nachfolger *Godfrey Binaisa*; von Mai bis Dezember 1980 übernahm schließlich eine Militärjunta die Regierung. Daß Milton Obote wieder an die Macht kommen sollte, war der vordringlichste Wunsch des tansanischen Präsidenten Nyerere, der Obote während der Herrschaft Amins Asyl gewährt hatte und ihm darüber hinaus freundschaftlich verbunden blieb. Zwar kandidierten für die Wahl im vergangenen Dezember vier Parteien. Zunächst Obotes Partei, die UPC (Uganda Peoples Congress). Weiter stellte sich die neugegründete linksgerichtete UPM (Uganda Peoples Movement) unter *Yoweri Museveni* zur Wahl, der damals noch stellvertretender Vorsitzender der regierenden Militärkommission war und enge Kontakte zum mosambikanischen Präsidenten *Samora Machel* pflegte. Unbedeutend war die kleine Konservative Partei (CP), während die Demokratische Partei (DP) unter *Paul Ssemogerere* die stärkste Konkurrenz für Obote darstellte. Aber obwohl eine siebzigköpfige Beobachterdelegation aus den Commonwealth-Staaten die Wahlen für „frei und fair“ erklärte, hat Obote seinen Sieg *massiven Fälschungen* zu verdanken: So galten in 17 der 126 Wahlkreise die Kandidaten der UPC als gewählt, weil sich angeblich kein Gegenkandidat gemeldet hatte. Merkwürdig war auch die Entscheidung, für die an der Wahl teilnehmenden Parteien jeweils getrennte Stimmkästen aufstellen zu lassen. Besonders ominös waren die Umstände, unter denen die Wahlergebnisse ausgezählt und bekanntgemacht wurden: fehlende Stimmkästen verzögerten das Ende der Wahl, erste Siegesmeldungen der DP wurden unter Androhung hoher Strafen unterbunden.

Desolater Zustand der Wirtschaft

Noch kritischer als die politische Situation ist die wirtschaftliche Lage, in der sich das Land befindet. Die britische Kolonialverwaltung konzentrierte sich in Uganda – anders als z. B. in Kenia – nicht auf die Bewirtschaftung durch Siedler, sondern auf die Förderung des Anbaus von Exportprodukten durch *afrikanische Kleinbauern*; seit 1916 war Weißen der Landbesitz untersagt. Der Bau der Eisenbahn von der Küste bis zum Viktoria-See schuf 1902 die Voraussetzung für den Transport der Produkte.

Wurde zunächst der Anbau von *Baumwolle* gefördert, so gewann nach 1930 der *Kaffeeanbau* immer mehr an Bedeutung. Der Hauptgrund für den Rückgang des Baumwollanbaus lag in den hohen Abgaben, welche die Kleinbauern zu Beginn des Jahrhunderts den meist einheimischen Grundbesitzern zu zahlen hatten und die ihre Bereitschaft zum Anbau von Exportprodukten verminderten. 1928 wurde deshalb von der britischen Kolonialverwaltung ein Höchstsatz für Abgaben an die Kolonialherren eingeführt und den Kleinbauern die Sicherheit gegeben, auf ihrem Land bleiben zu dürfen, solange sie es bebauten. Ein wirtschaftlicher Anreiz, der sich vor allem im verstärkten Anbau von Kaffee niederschlug, der wegen höherer Gewinne attraktiver als der Baumwollanbau war.

Die Wirtschaftspolitik Obotes zielte – nach tansanischem Modell – auf die Errichtung einer sozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung ab, in der primär dem Staat die Rolle des Unternehmers zufallen sollte. Bezeichnend hierfür waren u. a. die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, denen zahlreiche Baumwollentkörnungs- und Kaffeeverarbeitungsbetriebe gehörten und die bei der Absatzfinanzierung von Agrarprodukten eine bedeutende Rolle spielten. Mitte der sechziger Jahre war Uganda mit einer Jahresleistung von 152 000 t der viertgrößte Kaffeeproduzent der Welt und nach der Elfenbeinküste der zweitgrößte Afrikas. Bedeutung hatte neben der Baumwollproduktion (1965/66: 79 000 t Fasern) auch die Produktion der drei Zuckerrohrplantagen (126 000 t) (vgl. Afrika-Handbuch, Hamburg 1968, S. 220).

Der Putsch Amins ließ zwar jene ausländischen Unternehmen hoffen, die durch diese Verstaatlichungspolitik ihren Einfluß verloren hätten, abgeschreckt wurden ausländische Investoren aber vor allem durch Amins Kurs ins wirtschaftliche Chaos. Besonders gravierend wirkte sich die *Ausweisung der Asiaten* 1972 aus, durch die Uganda einen wesentlichen Teil der ausgebildeten Arbeitskräfte und Händler verlor. Erst in den vergangenen Monaten bot Obote den damals vertriebenen Familien die Rückkehr zu günstigen Konditionen an, in Erkenntnis der Tatsache, daß die Afrikanisierung wesentlicher Wirtschaftsbereiche infolge der ungenügenden Ausbildungslage nur scheitern konnte.

Die „Zahlen der Weltbank für die Periode von 1970 bis 1978 illustrieren den *Produktivitätszerfall*: die Industrieproduktion ging jährlich um 7,8% zurück, das Gewerbe um 5%, die Exporte um 5,3%, die Importe um 7,6%; nur in der Landwirtschaft wurde ein schwaches Wachstum von jährlich 1,1% erzielt“ (Neue Zürcher Zeitung, 1. 11. 80). Anders als zu Amins Zeiten, als Uganda von einem Preisboom profitieren konnte, ist für Kaffee nun auch der Weltmarktpreis gesunken. Die *Devisenreserven* des Landes sind seit Monaten völlig erschöpft; darüber hinaus kontrolliert die Regierung die Verteilung der knappen Devisen mit fragwürdiger Kompetenz: ein großer Teil davon geht in den unproduktiven Import von *Luxusgütern*, ein weiterer Teil wird für *Privatzwecke* mißbraucht, und zu wenig Devisen stehen für den Import dringend benö-

tiger Nahrungsmittel, Rohstoffe und Ersatzteile bereit, weshalb die eigene Industrie kaum produzieren kann. Heute verfügt Uganda lediglich über eine *agrarisches Subsistenzwirtschaft*: Die wenigen Nahrungsmittel, die auf den Markt gelangen, sind für den Normalverbraucher zu teuer. Die Verzerrung zwischen dem offiziellen und dem Schwarzmarktkurs macht eine Selbstgesundung des Inlandmarktes unmöglich und verhindert ausländische Investitionen, da man sich in diesem Bereich an den offiziellen Kurs, der mindestens um das Zehnfache vom inoffiziellen abweicht, halten muß. Von Kaffee und Tee können derzeit nur etwa die Hälfte der ohnehin geringen Produktion vermarktet werden, teils wegen des Mangels an Lagermöglichkeiten und Verpackungsmaterial, aber auch aufgrund kenyanischer Restriktionen. Die Kaffee-Produktion wird „monatlich gegenwärtig auf 10 000 t geschätzt (gegenüber 211 000 t im ganzen Jahr 1976)“. Man „vermutet, daß 25% bis 30% des Kaffees durch Schmuggel aus dem Land gehen – eine Schätzung, die eher zu tief angesetzt ist“ (Neue Zürcher Zeitung, 1. 11. 80).

So heißt denn das Schlüsselwort der ugandischen Wirtschaft „*Magendo*“, ein Wort, das alle merklichen Wirtschaftstätigkeiten vom Schwarzmarkt bis zur Korruption unter einen Hut bringt. *Magendo* ist mehr als ein Auswuchs, es ist ein Lebensstil, eine Wirtschaftsform, eine Überlebensphilosophie. Wer ehrlich bleibt, muß hungern. *Magendo* schmiert alles, was von Ugandas Rumpfwirtschaft noch läuft.

Kirche als Zeichen der Hoffnung

Die katastrophale innenpolitische und wirtschaftliche Lage ist in den letzten Jahren selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Situation der katholischen Kirche sowie der anderen konfessionellen Gemeinschaften geblieben. Dennoch gehört die katholische Kirche Ugandas zu den hoffnungsvollsten Ortskirchen des afrikanischen Kontinents.

Früher als andere afrikanische Ortskirchen erreichte die Kirche in Uganda das, was das Zweite Vatikanische Konzil im Missionsdekret „*Ad Gentes*“ über die Phasen der Inkarnation der Kirche in das Leben der Völker hinein sagt: „Die Einpflanzung der Kirche in eine bestimmte Gesellschaft erreicht einen gewissen Abschluß, wenn die Gemeinschaft der Gläubigen im gesellschaftlichen Leben verwurzelt und der örtlichen Kultur angepaßt ist und so schon Stetigkeit und Festigkeit besitzt. Es steht ihr eine, wenn auch noch genügend große Zahl von einheimischen Priestern sowie von Ordensleuten und Laien zur Verfügung, und sie ist mit den Ämtern und Einrichtungen ausgestattet, die notwendig sind, um unter der Leitung des Bischofs das Leben des Gottesvolkes zu führen und auszubreiten“ (Ad Gentes, Nr. 19). Eines der Zeichen für *wachsende Eigenständigkeit* und ein eigenes Gepräge sind die *einheimischen Ordensgemeinschaften*. Der größte Teil von etwa 250 (1977) afrikanischen Brüdern aus fünf Kongregationen gehörte der einheimischen Kongregation der „Brüder vom heiligen Lwanga“ an, die 1927 von dem fran-

zösischen Bischof *Henri Streicher* gegründet wurde. Von den etwa 1700 auf mehr als zehn Kongregationen verteilten Schwestern sind heute fast die Hälfte Mitglieder der 1910 ebenfalls von Bischof Streicher gegründeten und damit ältesten Schwestern-Kongregation der „Töchter Mariens“. Die Aufgabenbereiche der Kongregationen liegen vor allem im Schulwesen und in der Ausbildung für landwirtschaftliche, handwerkliche und hauswirtschaftliche Berufe.

Die Uganda-Reise, die Papst *Paul VI.* vom 31. Juli bis 2. August 1969 unternahm (vgl. HK, September 1969, S. 421), sollte der Kirche Afrikas das Bewußtsein vermitteln, *respektierter Partner der Gesamtkirche* zu sein. Mit dem Besuch Ugandas würdigte der Papst in besonderem Maße die traditionsgemäß starke Rolle der Kirche in diesem Land.

Während Amins Regierungszeit war die Kirche in Uganda Repressionen ausgesetzt, konnte sich aber zeitweise auch relativer Freiheit erfreuen und war so einer der Spielbälle von Amins Willkür. Im Rahmen der Ausweitung aller Asiaten wurden z. B. auch 58 Missionare als angebliche Spione des Landes verwiesen (vgl. HK, Februar 1973, S. 103), weitere *Ausweisungen* erfolgten 1975 (vgl. HK, September 1975, S. 480). Trotz der heftigen *Verfolgungen*, die die Kirchen in dieser Zeit zu erleiden hatten, waren sie aber auch im hundertsten Jahr ihres Bestehens nicht in ihrer Substanz getroffen. Nach offiziellen Angaben bekennt sich gegenwärtig ein Drittel der über 13 Millionen Einwohner zum Katholizismus, 18 bis 20% sind Anglikaner, rund 5% sind Moslems. Das äußere Erscheinungsbild der katholischen Kirche ist geprägt von einem ständig steigenden Andrang zu den Priesterseminaren, ca. 40 Priesterweihen pro Jahr, dem Bestehen von vier kontemplativen Klöstern und einer weitgehenden Afrikanisierung von Liturgie und Pastoral. Ungeachtet der gespannten politischen Lage nahmen im Februar 1979 neun Bischöfe der zwölf Diözesen des Landes sowie eine Reihe anderer afrikanischer Bischöfe und Missionsoberer an den Festlichkeiten zur *Hundertjahrfeier* der Kirche teil.

Nicht spannungsfrei gestaltet sich für die christlichen Kirchen Ugandas, vor allem für Katholiken und Anglikaner, das *ökumenische Klima*; historische Frontstellungen zeigen teilweise noch heute Folgen. Noch vor 25 Jahren kam es zu tätlichen Ausschreitungen zwischen Katholiken und Anglikanern, ohne daß der Klerus dagegen einschritt. Zwar konnte unter dem Einfluß des Bischofs von Mbarara, *Ogez*, und des anglikanischen Erzbischofs von Kampala, *Brown*, bereits ab 1959 eine gewisse Annäherung erreicht werden. 1964 wurde ein Kirchenrat gegründet, dem auch die katholische Kirche angehört. Inzwischen allerdings hat sich die Lage eher wieder zugespitzt, nicht zuletzt wegen der traditionellen *konfessionellen Gebundenheit der Parteien*: in der DP sammeln sich die katholischen Kräfte, die UPC ist eine Domäne protestantischer und anglikanischer Politiker. Gemeinsam allerdings beschuldigten im November 1980 die Bischöfe der katholischen, anglikanischen und griechisch-orthodoxen Kirche und füh-

rende Vertreter der Moslems die ugandische Armee ihrer wachsenden Disziplinlosigkeit und Brutalität. Bereits einige Wochen zuvor hatte der Erzbischof von Kampala, Kardinal *Emmanuel Nsubuga*, zum 18. Jahrestag der Unabhängigkeit am 9. Oktober einen dramatischen Appell an das Volk gerichtet, in dem es heißt: „Was haben uns diese 18 Jahre politischer Unabhängigkeit gebracht? Diktatur, Kriegerrecht, gegenseitigen Haß, politischen Aufstand, Blutvergießen, religiöse und stammesmäßige Vorurteile, Kriege usw.“ In beschwörenden Worten forderte Nsubuga die gesamte Bevölkerung dazu auf, am Aufbau des Landes tatkräftig mitzuwirken, der damals angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen in erreichbare Nähe gerückt zu sein schien.

In einem Hirtenbrief zur diesjährigen Fastenzeit brandmarkten die Bischöfe Ugandas die zahllosen Mißstände im Land und mahnten zur *moralischen Erneuerung*. Sie warnten vor der billigen Ausflucht, die Schuld für die traurige Lage, in dem sich das Land befindet, Gott und anderen zuzuschreiben und auf diese Weise die eigene Verantwortung abzuwälzen: „Wir ernten jetzt, was wir gesät haben.“ Die Bischöfe prangerten die „hinterhältige“ Furchtsamkeit an, die einen Menschen aus eigennützigem Erwägungen schweigen oder sich neutral verhalten läßt, wenn er auf Ungerechtigkeit, Korruption und andere Übelstände stößt: „Die Furcht um die persönliche Sicherheit, die Zukunft der Familie, die Stellung und den ‚guten Ruf‘“ seien die Hauptgründe dafür, daß so viele Menschen Angst hätten, die Mißstände beim Namen zu nennen. Christen seien aber dazu berufen, die Menschenwürde „in allen Bereichen des menschlichen Wirkens“ zu bezeugen, „einschließlich der sozialen und politischen Bereiche“. Daß die Gewalt auch nach dem Ende der Herrschaft Amins noch andauere, sei einerseits den Kämpfen zwischen Regierungstruppen und Guerillas, aber auch dem „Stammesstolz“ zuzuschreiben, „anstatt die Menschen zu trennen, sollte die Vielfalt der Stämme eigentlich dem nationalen Fortschritt dienen“. Was den Schwarzmarkt betrifft, so erklärte Kardinal *Emmanuel Nsubuga* im Frühjahr dieses Jahres anlässlich eines Besuchs in der Bundesrepublik, dieser Weg, die hungernde Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, könne so lange nicht „brutal unterdrückt werden“, solange man nicht zu einer Normalisierung der Markt- und Handelsstrukturen zurückgekehrt sei.

Nsubuga hatte zusammen mit seinem anglikanischen Amtsbruder *Sabiti* bereits zur Zeit der Amin-Herrschaft wiederholt gegen die Verletzung von Menschenrechten protestiert. Als Amin wenig später verbreiten ließ, der Kardinal habe seine Meinung wieder geändert, ließ dieser scharf dementieren: wenige Tage später wurde sein Dienstwagen bei einem Zusammenstoß mit einem Militärfahrzeug völlig zerstört. Nicht überlebt hat einen derartigen Angriff der anglikanische Erzbischof *Janani Luwum* (vgl. HK, April 1977, S. 212).

Die Meldung über ein Massaker der ugandischen Armee auf der *Ombaci-Mission* der Comboni-Missionare, einige Kilometer außerhalb der Provinzhauptstadt *Arua*, am 24. Juni bestätigt die Befürchtung, daß Obotes Armeesoldaten nur den Abzug der Tansanier abgewartet haben, um sich für die unter Amins Regierung erlittene Dezimierung ihres Acholi-Stammes an den Stammesgenossen Amins, den Langi, zu rächen. Zu beklagen waren nach diesem Überfall 55 Tote innerhalb und weitere 30 Tote außerhalb der Missionsstation; der zu diesem Zeitpunkt auf der OAU-Gipfelkonferenz in Nairobi weilende Obote bagatellierte den Massenmord und erklärte, die Mission habe Guerilla-Kräften Schutz und Versorgung geboten (laut Neue Zürcher Zeitung, 14. 7. 81). Vier internationale Hilfsorganisationen, darunter auch das Rote Kreuz, zogen daraufhin ihre Mitarbeiter aus dieser Provinz ab, da auch die Rotkreuzflagge von den Regierungstruppen nicht respektiert wird.

Über die derzeitige Lage der Kirche in Uganda heißt es in einem Reisebericht: „In diesem Chaos steht die Kirche als *feste und starke Organisation im Dienst des Volkes* ... 520 Diözesanpriester, meist Afrikaner, 357 ausländische Missionare, 1761 afrikanische und 338 ausländische Ordensschwestern – das sind Zahlen, die etwas von der Lebendigkeit dieser Kirche widerspiegeln ... Auf meiner Fahrt durch Gebiete, die besonders vom Krieg und von Racheakten heimgesucht worden waren, hat man mir oft von Christen erzählt, die Heroisches geleistet haben (Piero Gheddo, Zwischen Hunger, Krieg und Diktatur. In: Die katholischen Missionen, Mai/Juni 1981, S. 86 ff.).

Zur Gesamtsituation des Landes sagte ein westlicher Diplomat kürzlich: „Ich glaube nicht, daß Uganda tiefer sinken kann, außer die Erde tut sich auf und verschlingt es. Das Land existiert nur noch auf der Landkarte als Staat.“

Cordelia Rambacher

Der Iran unter Khomeini

Die fundamentalistischen Mullahs und ihre Politik

Der Umsturz im Februar 1979 hatte bei den Iranern große Hoffnungen geweckt. Das in seinen geistigen und materiellen Grundlagen erschütterte Land sollte in einer ‚gerechten‘ islamischen Gesellschaft wieder gesunden. Die heutige Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Die vielfälti-

gen Probleme wurden keineswegs gelöst, ja sie haben sich noch verschlimmert, seit interne Machtkämpfe das politische Leben bestimmen. Derzeit hat es fast den Anschein, als habe man nur die Diktatur des Schah gegen eine neue härtere Diktatur der islamischen Geistlichkeit einge-